

Tunnel statt Trasse an der Bahn

Hauptausschuss einstimmig gegen geplante Linienführung der »B 239 neu«

■ Von Bärbel Hillebrønner

Hiddenhausen (HK).

»Ja« zu einer neuen B 239 zur Entlastung von Schweicheln – »Nein« zur Linienführung parallel zur Bahn. Das ist die einstimmige Meinung der Hiddenhauser Politik.

Damit stehen alle Fraktionen Schulter an Schulter hinter den Tunnelbefürwortern. Bei deren Infoveranstaltung am Montag war der Saal noch proppenvoll – im Hauptausschuss am Donnerstag waren lediglich sechs von ihnen da. »Die Zielrichtung ist ja auch eindeutig, das haben alle Betroffenen ganz klar signalisiert«, sagt Wolfgang Schmidt, Sprecher der Bürgerinitiative (BI) »Wir in Hiddenhausen für den Tunnel«. Dennoch fasste er vor den Kommunalpoliti-

kern erneut die Forderung der Bürger zusammen: »Die geplante Trasse im aktuellen Bundesverkehrsweplan, parallel zur Bahnlinie und über zahlreiche Häuser und Privatgrundstücke hinweg, darf es nicht geben. Hiddenhausen braucht den Tunnel durch den Schweichelner Berg! Der ist die einzige umweltverträgliche Lösung, auch wenn er zu nächst teuer sein wird.«

Mit Spannung verfolgten er und Gerhard Plümers von der BI die Beratung im Ausschuss – wengleich sehr schnell klar wurde, dass es in der Politik in der Sache Tunnel oder Trasse an der Bahn keine Meinungsverschiedenheit gibt. »Die SPD steht geschlossen hinter der Forderung nach einem Tunnel und entschieden gegen die Bahntrasse«, sagte SPD-Fraktionschef Ulrich Ewering. Positiv zu würdigen sei lediglich, das im Bundesverkehrsweplan (BVWP) eine »B 239 neu« eingestellt sei. Ewering: »Auch das



Ulrich Ewering
SPD



Jörg Düning-Gast
CDU



Bernhard Weil
Grüne

ist schon das Verdienst der Bürgerinitiative, die auf allen politischen Ebenen Gespräche geführt hat.« Jetzt sei es Aufgabe des Rates, auf das Linienbestimmungsverfahren Einfluss zu nehmen.

Im Kampf um den Tunnel bestünde große Einigkeit, erklärte Jörg Düning-Gast (CDU). Dass die Bahntrasse nun im BVWP 2030 als »vordringlich« stehen würde, bedeute

nicht, dass keine Alternativen geprüft würden. Düning-Gast: »Wir haben alle die Hoffnung, dass Sachargumente für den Tunnel sprechen werden, allein schon aus ökologischer Sicht.«

Um Ökologie geht es auch den Grünen. Ihr Fraktionsvorsitzender Bernhard Weil sagte: »Eine gut ausgebaut, schnelle Straße zieht weiteren Verkehr an und verursacht

zusätzliche Emissionen. Ein Tunnel würde diese Belastung der Luft zumindest vermindern.« Allerdings glaubt Weil, dass der Bau eines Tunnels so wäre, »als fielen Ostern und Weihnachten an einem Tag«.

Bis dieser Fall eintreten könnte – oder auch nicht – würden Jahre vergehen, sagte Bürgermeister Ulrich Rolfsmeyer. »Das Verfahren um die Linienführung kann im Idealfall bis zu 18 Monate dauern, die gleiche Zeit kostet der Entwurf für das Planfeststellungsverfahren, das erst danach eröffnet wird. Insgesamt würden mindestens acht Jahre vergehen, realistisch aber sind zehn bis 15«, berichtete Rolfsmeyer im Ausschuss. Der Zeitrahmen aber soll nicht bedeuten, dass die Politiker nun ruhen und nur abwarten. »Wir kämpfen alle gemeinsam für den Tunnel und machen gegenüber Berlin deutlich, dass bestimmte Varianten für uns nicht machbar sind«, so Rolfsmeyer.